

# Staat und Recht im Imperialismus

## Ausbau der Präsidiengewalt in den USA — ein konservatives Konzept

Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ RÖDER,  
Stellv. Direktor des Instituts  
für Theorie des Staates und des Rechts  
an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Eines der führenden monopolbourgeoisien Nachrichtenmagazine der USA, „Time“, widmete jüngst eine ganze Ausgabe dem Thema „Die amerikanische Erneuerung“.<sup>1</sup> Gemeint sind natürlich nicht jene progressiven Kräfte auf dem amerikanischen Kontinent, die wie in Kuba bereits die sozialistische Gesellschaft errichten oder wie in Nicaragua die Neugestaltung der Gesellschaft auf antiimperialistischer Grundlage in Angriff nehmen oder wie in El Salvador den bewaffneten Kampf gegen eine zutiefst reaktionäre Militärjunta führen. Gemeint ist eine konservative „Erneuerung“ der USA als Reaktion führender Kreise des Monopolkapitals auf die zu seinen Ungunsten veränderten inneren und äußeren Bedingungen.

Die USA befanden sich wirklich in einer tiefen inneren und äußeren Krise, muß auch „Time“ einleitend feststellen, um zugleich zu bestätigen, daß die Hinwendung zu einer ausgeprägt konservativen Innen- und Außenpolitik als „Ausweg“ aus den wachsenden inneren und äußeren Konflikten und Schwierigkeiten des USA-Imperialismus von maßgeblichen Führungskreisen der USA schon längere Zeit vor den Präsidentschaftswahlen 1980 vorbereitet worden war.

Mit dem Amtsantritt der Reagan-Administration, einer der konservativsten Regierungen in der Geschichte der USA mit besonders engen Beziehungen zum militärisch-industriellen Komplex, soll die bereits weitgehend vorgezeichnete konservative Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatskonzeption<sup>2</sup> in praktische imperialistische Politik umgesetzt werden.

*Tendenz zum Ausbau der Präsidiengewalt —  
vorherrschende politische Erscheinung  
der Machtentfaltung der Monopole*

Die konservative „Erneuerung“ schließt das politische System der USA nicht nur ein, meint „Time“, vielmehr sei die „Erneuerung“ des politischen Systems auf konservativer Grundlage eine Voraussetzung für die entsprechende Innen- und Außenpolitik. „Time“ gibt nur die Grundrichtung der von den herrschenden Kreisen der USA anvisierten weiteren reaktionären Ausgestaltung des politischen Systems der USA wieder, wenn es an die Spitze die Forderung stellt: „Das Ziel muß die Stärkung der Präsidiengewalt sein.“ Mehrfach wird bekräftigend wiederholt: „Die Präsidiengewalt muß gestärkt und nicht geschwächt werden.“

Es ist kein Zufall, daß der Imperialismus der USA auf die allgemeine Verschlechterung seiner Existenz- und Herrschaftsbedingungen und die besondere Verschlechterung seiner politischen und ökonomischen Manövrierfähigkeit durch die derzeitige Wirtschaftskrise mit dem Bestreben reagiert, die ohnehin schon außerordentliche Machtfülle des Präsidenten noch weiter auszubauen.

In den USA ist die Staatsmacht in besonders ausgeprägter Weise in der Funktion des Präsidenten der USA konzentriert, der zugleich Staatsoberhaupt, mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgerüsteter Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist.<sup>3</sup> Mit dem Amt des Präsidenten verfügt die Monopolbourgeoisie der USA

folglich über das entscheidende politische Instrument zur Durchsetzung ihrer sowohl nach innen wie nach außen gerichteten Interessen und Ziele. Die herrschenden Kreise können sich dabei auf eine Reihe von Verfassungsbestimmungen sowie eine entsprechende Rechtsprechung zur Verfassungsinterpretation stützen. So legt Art. 2 Abschn. 1 Abs. 1 der durch 26 amendments (Ergänzungen) komplettierten USA-Verfassung von 1787 fest, daß die vollziehende Gewalt beim Präsidenten liegt.

Die Tendenz zum Ausbau der Präsidiengewalt läßt sich daher während der gesamten Epoche des Imperialismus als vorherrschende politische Erscheinung der Entfaltung der Monopolmacht feststellen, und zwar sowohl unter konservativen wie großbürgerlich-liberalen Regierungen.\* Wenn sich diese Tendenz in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aber noch in mehreren Schüben mit Unterbrechungen durchsetzte — der Ausbau der Präsidiengewalt erfolgte während des ersten Weltkrieges und unmittelbar danach, in der Zeit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und schließlich während des zweiten Weltkrieges —, so ist für die Jahrzehnte seit dem zweiten Weltkrieg ein ständiger Ausbau der Präsidiengewalt kennzeichnend. War die Übertragung weiterer Befugnisse und Ermächtigungen auf den Präsidenten bis dahin noch mit besonderen Ereignissen, wie den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise, verbunden, so ist sie seitdem eine allgemeine Erscheinung. Das erklärt sich vor allem daraus, daß die Krisensituation für den USA-Imperialismus den Charakter des Besonderen verloren hat und zum Allgemeinzustand geworden ist.

Die konservative Konzeption des Ausbaus der Präsidiengewalt, wie sie zu Beginn der achtziger Jahre proklamiert wird, zielt darauf hin,

*erstens* den Einfluß der mächtigsten Monopole auf das Nominierungs- und Wahlverfahren für das Präsidentenamt so abzusichern, daß möglichst jede Einflußnahme anderer Kräfte ausgeschlossen wird,

*zweitens* den dem Präsidenten der USA zur Verfügung stehenden Exekutivapparat so zu effektivieren, daß dieser Apparat mit höchstmöglichem Nutzen für die Monopolinteressen tätig wird,

*drittens* die Befugnisse des Präsidenten auf dem Gebiet der Gesetzgebung noch weiter auszudehnen und damit seine Stellung gegenüber dem Kongreß auszubauen,

*viertens* die Einflußnahme des Präsidenten auf die Rechtsprechung, insbesondere durch die Erweiterung seiner Rechte hinsichtlich der Berufung der obersten Richter des Bundes, zu verstärken.

*Änderung des Nominierungs- und Wahlverfahrens  
für das Präsidentenamt*

Mit den angekündigten Veränderungen des Wahlsystems sollen vor allem die Mitte der siebziger Jahre unter den Auswirkungen der Watergate-Affäre erfolgten Modifizierungen des Verfahrens der Nominierung für die Präsidentschaftskandidaten wieder aufgehoben werden.<sup>5</sup>

Um der wachsenden Kritik an der immer offensichtlicher gewordenen Manipulation der Mitglieder und Wähler der beiden monopolkapitalistischen Parteien, der Republikanischen und der Demokratischen Partei, durch die mit den Geldgebern aus den großen Konzernen eng liierten „Partei-bosse“ zu entgehen, waren beide Parteien dazu übergegangen, ihre Präsidentschaftskandidaten durch primaries (Vorwahlen) nominieren zu lassen. Durch diese Vorwahlen, meist auf der Ebene der einzelnen Staaten veranstaltet, sollte auch ein bestimmter Prozentsatz der